

Antrag 06: Mehr Sicherheit, weniger Kosten: Maßregelvollzug endlich reformieren!

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Alice Bristot
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Der Kreisparteitag möge beschließen und dem Landesparteitag zum Beschluss und Aufruf**
2 **der FDP-Landtagsfraktion vorlegen:**

3 Die tragischen Vorfälle in beispielsweise Magdeburg und Aschaffenburg haben erneut
4 gezeigt, welche gravierenden Folgen unzureichende psychiatrische Betreuung und
5 fehlende Prävention haben können. Psychisch auffällige Straftäter stellen nicht nur
6 eine Herausforderung für das Justiz- und Gesundheitssystem dar, sondern auch ein
7 Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft.

8 Ohne tiefgreifende Reformen droht der Maßregelvollzug in NRW zu kollabieren – mit
9 schwerwiegenden Folgen für Patienten, Personal und die öffentliche Sicherheit. Eine
10 liberale Politik muss hier ansetzen: Durch klügere Steuerung, gezielte Anreize und
11 effizientere Strukturen – für mehr Sicherheit, bessere Therapieerfolge und eine
12 langfristige Kostenersparnis.

13 Es braucht daher gezielte Reformen im Maßregelvollzug, um die Sicherheit der
14 Gesellschaft zu gewährleisten, Fachkräfte zu entlasten und das System effizienter und
15 effektiver zu gestalten:

16 **1. Strukturen flexibilisieren und Effizienz steigern:**

17 Eine landesweite Steuerung soll die Nutzung der vorhandenen Plätze im Maßregelvollzug
18 optimieren. Eine flexible, bedarfsgerechte Organisation der Einrichtungen soll
19 sicherstellen, dass jeder Platz effektiv genutzt werden kann und auch
20 schnellstmöglich weitere Plätze zur Verfügung gestellt werden können.

21 **2. Fachkräfte gezielt gewinnen:**

22 Attraktivere Vergütungsstrukturen und der Ausbau von gezielten Ausbildungsprogrammen
23 sind notwendig, um den bestehenden Personalmangel zu beheben und die Versorgung
24 langfristig zu sichern und zu verbessern.

25 **3. Prävention stärken:**

26 Der Ausbau der psychiatrischen und suchtmmedizinischen Versorgung sowie innovativer
27 Präventionsmaßnahmen muss vorangetrieben werden, um Straftaten vorzubeugen und
28 Einweisungen in den Maßregelvollzug langfristig zu reduzieren, damit die zur
29 Verfügung stehenden Plätze effektiver genutzt werden können.

Begründung

Der Maßregelvollzug in NRW leidet unter ineffizienten Strukturen, Personalmangel und mangelnder Prävention. Überlastete Kliniken und fehlende Ressourcen führen dazu, dass gefährdete und potenziell gefährliche Menschen nicht optimal betreut werden und Präventionsmaßnahmen zu kurz kommen. Dies kostet den Steuerzahler jedes Jahr unnötige Millionen, da Maßregelvollzug-Plätze ineffektiv genutzt

werden und von Personen belegt, die durch präventive Maßnahmen nie zu Tätern geworden wären.

Trotz steigender Patientenzahlen bleibt eine grundlegende Reform aus. Statt langfristige und effiziente Lösungen zu schaffen, bleibt der Maßregelvollzug in starren Strukturen gefangen.

1. Überbelegung der forensischen Kliniken:

Mehr als die Hälfte der Einrichtungen in NRW sind überbelegt, einzelne Kliniken sogar um fast 30%. Dies gefährdet nicht nur die Sicherheit und den Therapieerfolg, sondern beeinträchtigt auch die Qualität der therapeutischen Maßnahmen und erhöht das Risiko für Patienten und Personal. Zudem erschwert sie die Resozialisierung der Patienten und gefährdet so die Sicherheit innerhalb und außerhalb der Einrichtungen.

2. Personalmangel in forensischen Kliniken:

In den forensischen Psychiatrien betreuen Ärzte, Therapeuten und Pflegekräfte mehr Patienten, als eine individuelle und qualitativ hochwertige Versorgung erlaubt. Ohne gezielte Anreize droht sich der bereits spürbare Fachkräftemangel weiter zu verschärfen, was sowohl die Sicherheit als auch den Therapieerfolg weiter gefährdet.

3. Fehlende Prävention:

Viele psychisch kranke oder suchtkranke Straftäter hätten durch frühzeitige psychiatrische oder suchtmmedizinische Betreuung davon abgehalten werden können, Straftaten zu begehen. Diese unzureichende präventive Versorgung führt dazu, dass Betroffene oft erst im Maßregelvollzug Hilfe erhalten – mit gravierenden Konsequenzen für die Kapazitäten, Betroffenen und die Gesellschaft.